



Anette Kramme
www.anette-kramme.de

21.05.2010

In dieser Ausgabe:

Mindestlohn	S. 1
JobCenter	S. 2
Kurzarbeit	S. 3
Rente mit 67	S. 3
Härtefallregelung	S. 4
Aufstocker	S. 5
Ausbildung	S. 5
Leiharbeit I	S. 6
Leiharbeit II	S. 6
Bundesagentur f.A.	S. 7
Umfrage	S. 7

Impressum:

Herausgeberin und
V.i.S.d.P.:

Anette Kramme, MdB

Anschrift:

Bahnhofstraße 1

95444 Bayreuth

Tel.: 09 21 - 8 70 11 11

Fax: 09 21 - 8 70 12 54

info@anette-kramme.de

Redaktion:

Felix Frenzel

Oliver Winkelmaier

REPORT AUS BERLIN

Aktuelles aus dem Bereich Arbeit und Soziales

Auf eigenen Beinen stehen – SPD bringt flächendeckenden Mindestlohn im Bundestag ein

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn vorsieht. Mit dem Antrag werden Arbeitgeber verpflichtet, ihren Beschäftigten einen Lohn mindestens in der gesetzlichen Höhe zu zahlen. Ein Expertengremium soll diese Lohnuntergrenze erarbeiten. Vertragliche Vereinbarungen niedrigerer Löhne wären dann unwirksam. Zusätzlich soll das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf sämtliche Branchen ausgedehnt werden, damit höhere Branchen-Mindestlöhne durch Rechtsverordnung verbindlich festgelegt werden können.

Zur Begründung heißt es, Arbeit müsse die Möglichkeit bieten, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen. Die unterste Lohngrenze solle mit einem flächendeckenden, einheitlichen Mindestlohn jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer diesen Rechtsanspruch sichern. Fast jeder zehnte Beschäftigte verdient weniger als sechs Euro die Stunde. Bei einer 40-Stunden-Woche sind das etwa 1.000 Euro brutto. Unterhalb der Niedriglohnschwelle von rund neun Euro arbeiten sogar doppelt so viele Menschen, insgesamt mehr als jeder fünfte Beschäftigte.

Mit dem Antrag bekräftigt die SPD auch ihre kritische Haltung zu einer weiteren Ausweitung des Niedriglohnssektors. Dieser habe „beängstigende Ausmaße angenommen,“ so Anette Kramme. In den vergangenen 15 Jahren ist dieser untere Bereich des Arbeitsmarkts um rund die Hälfte gewachsen. Ein gesetzlicher Mindestlohn soll dieser Entwicklung entgegenwirken. Schließlich ist Deutschland bekanntermaßen eine der wenigen westlichen Industrienationen, in denen es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt.

Die Branchen mit einem Mindestlohn beispielsweise im Baugewerbe oder in der Gebäudereinigung haben eine positive Beschäftigungswirkung. Auch die anderen europäischen Länder haben mit Mindestlöhnen gute Erfahrungen gemacht. So ist in Großbritannien die Beschäftigungsrate stetig gestiegen, seit es dort einen Mindestlohn gibt.

Der Bundestag hat den Antrag entsprechend der parlamentarischen Gepflogenheiten zunächst in den Ausschuss für Arbeit & Soziales überwiesen. Die Redebeiträge der Koalitionspolitiker machten jedoch deutlich, dass Argumente in der Mindestlohnfrage nicht zählen. Die Abgeord-

nete Gitta Connemann (CDU) aus Unterems - ihr Slogan im Wahlkreis lautet „Sie kümmert sich“ - offenbarte in ihrer Bundestagsrede, wie sie über Löhne denkt: „Keine Frage: Arbeit darf nicht arm machen. Darin sind wir uns einig. Ich sage hier deutlich für die christlich-liberale Koalition: Alles andere wäre unsozial und unwürdig. Aber wo ist

die Grenze? Eine Friseurin in Thüringen verdient als Tarifgrundlohn zwischen 3,18 Euro und 7,62 Euro pro Stunde - von der Gewerkschaft abgesegnet. Sollen wir das verbieten?“ Aus der Opposition vermerkt das Protokoll schnörkellose Zurufe: „Ja“.

JobCenter-Verhandlungen: Wird die Koalition wortbrüchig?

Für eine grundgesetzkonforme Reform der JobCenter, die Arbeitslose auch künftig aus einer Hand betreuen sollen, brauchte die Koalition die Opposition. Die SPD setzte sich daraufhin bei den Verhandlungen mit der Koalition an einigen entscheidenden Punkten durch - und verpasste damit der wichtigsten Arbeitsmarktreform dieser Legislaturperiode eine weitgehend sozialdemokratische Handschrift.

Die Arbeitssuchenden sollen besser betreut werden, da im Sozialgesetzbuch II ein fester Betreuungsschlüssel festgeschrieben wird. Auf 75 junge Arbeitssuchende kommt künftig ein Betreuer, ab der Altersgruppe über 25 ist es ein Betreuer pro 150 Kunden. JobCenter und Optionskommunen, die moderat ausgeweitet werden, werden künftig über einheitliche Zielvereinbarungen gesteuert mit dem Ziel, mehr Gleichwertigkeit bei den Lebensverhältnissen in Deutschland zu erreichen. Künftig wird es eigene Personalvertretungen geben, der Geschäftsführer und die Trägerversammlung haben eine gestärkte Position. Die Ausgaben sollen transpa-

renter und kontrollierbarer werden.

Zwei Punkte waren für Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) und die Verhandlungsführer der Koalition in den eigenen Reihen

„Zunächst werden Haushaltsmittel gesperrt, dann entsperrt. Im Bereich der Kurzarbeit werden die Regelungen erst verschlechtert und jetzt offensichtlich wieder verbessert. Bezüglich der Jobcenter haben Sie zunächst im Jahre 2009 eine Zustimmung angedeutet. Dann gab es eine Phase des neuen Nachdenkens über die getrennte Aufgabenträgerschaft. Und jetzt sind Sie wieder auf Linie. Bringen Sie Klarheit in Ihre Reihen!“

Anette Kramme in der Plenardebatte zur JobCenter-Reform

besonders schwer durchzusetzen: Die SPD verlangte, dass 900 Millionen Euro für Arbeitsmarktförderung im Haushalt wieder entsperrt werden, die die schwarz-gelben Haushaltspolitiker ganz nach den Ideen des liberalen Sparbuchs der FDP gesperrt hatten. Dadurch hätten

ab Mitte des Jahres über 100 JobCenter keine aktive Arbeitsmarktpolitik mehr betreiben können. Außerdem wollte die SPD, dass die befristeten Stellen von 3.200 Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit entfristet werden, um die Handlungsfähigkeit der Bundesagentur in der Krise zu erhalten.

Den Koalitionsspitzen blieb nun nichts anderes übrig, als die zentralen SPD-Forderungen in den eigenen Reihen durchzusetzen - nicht gerade eine Traumaufgabe für eine frisch gewählte Regierung. Am 21. April entsperrte der Haushaltsausschuss einstimmig die 900 Millionen Euro in der Arbeitsmarktförderung.

Doch damit scheint der Geduldsfaden der Koalition gegenüber einer sozialen Politik überspannt zu sein. Denn die Entfristung der 3.200 Stellen der Bundesagentur für Arbeit wurde bereits zwei Mal von der Tagesordnung des Haushaltsausschusses abgesetzt - und das, obwohl die Regierung einen entsprechenden Antrag selbst ins Verfahren gebracht hatte. Der stellvertretende ==>

SPD-Fraktionsvorsitzende, Hubertus Heil, zeigte sich irritiert: „Das ist ein Bruch von Vereinbarungen. Die Haushaltspolitiker der Koalition desavouieren damit Bundesministerin von der Leyen.“ Seine Kollegin, die Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit & Soziales, Anette Kramme, bezeichnete das Ver-

handlungsergebnis zur Job-Center Reform als „ein Gesamtpaket, das nicht wieder aufgeschnürt werden darf.“ Nun muss die nächste Sitzung des Haushaltsausschusses Klarheit schaffen, ob die Koalition zu ihrem Wort steht.

Kurzarbeit – Das deutsche Arbeitswunder

Der SPD-Antrag zur Verlängerung der Kurzarbeitregelung ist im Rahmen einer Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Arbeit & Soziales eindeutig unterstützt worden. Der frühere Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat ein mustergültiges Arbeitsmarktinstrument geschaffen, ohne das der deutsche Arbeitsmarkt laut DGB rund 300.000 Arbeitslose zusätzlich hätte.

Die Sachverständigen schlugen vor allem neue Wege im Bereich der Qualifikation vor: Der DGB plädierte dafür, Änderungen bei der Zertifizierung vorzunehmen und den Unternehmen bei Zahlung eines größeren Eigenbeitrages den Rückgriff auf selbst gewählte Bildungsträger zu ermöglichen. Das IAQ unterbreitete den Vorschlag eines individuellen Qualifikationsanspruchs für Beschäftigte in von Kurzarbeit betroffenen Betrieben. Eine sinnvolle Forderung, die nach Meinung der SPD zu einem Dauerinstrumentarium werden sollte. Interessierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten eine

Freistellung für Qualifizierungsmaßnahmen beantragen und werden währenddessen gefördert. Dadurch wird ihnen Qualifizierung auch losgelöst vom Anforderungsprofil des betrieblichen Arbeitsplatzes ermöglicht.

Wie weitgehend die positiven Effekte der Kurzarbeit sind, zeigt sich an der Tatsache, dass die Auszubildenden ebenfalls profitiert haben. Die Kurzarbeiterregelung hat verhindert, dass die Ausbildung in vielen Betrieben eingestellt wurde, eine ansonsten in Krisenzeiten übliche Reaktion. Der SPD-Vorschlag zur Verlängerung der Kurzarbeit stieß vor allem auf Unterstützung, weil die Sachverständigen in der Mehrzahl nicht davon ausgehen, dass die Krise überwunden ist. Branchen wie die Metall- und Elektroindustrie rechnen noch mit einem spürbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Deshalb brauchen die betroffenen Unternehmen Planungssicherheit.

„Den Menschen müssen wir ihre Sorge um die ihre

====>

Dachdecker im Alter an die Schreibtische?

Sollen Dachdecker im Alter an die Schreibtische? Das jedenfalls forderte Arbeitsministerin von der Leyen indirekt, als in den letzten Wochen eine neuerliche Diskussion um die Rente mit 67 durch die Berliner Politik rauschte. Sie schlug vor, allen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus gewerblichen Berufen Büroarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Da ist zunächst die so genannte Überprüfungs Klausel, die Sozialpolitiker der SPD-Fraktion seinerzeit zur Bedingung für eine Zustimmung zur Rente mit 67 gemacht hatten. Die Klausel beinhaltet die Verpflichtung der Bundesregierung, die Lage für Ältere auf dem Arbeitsmarkt zu überprüfen, bevor Schritte zur Erhöhung der Altersgrenzen gemacht werden. Schließlich kann keiner länger arbeiten, wenn es gar keine Jobs für Ältere gibt. Bis Ende 2010 wird die Bundesregierung hier etwas vorlegen müssen. Dabei muss sich die Situation Älterer auf dem Arbeitsmarkt wirklich verbessern. „Nur dann darf die Anhebung des Renteneintrittsalters tatsächlich ab 2012 umgesetzt werden“, so die Sprecherin für Arbeit & Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme.

Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag an den Deutschen Bundestag statt pauschaler Parolen konkrete Maßnahmen gegen

Arbeitsplätze nehmen. Wir jedenfalls wollen weiterhin die Entlassung von Stunden und nicht von Beschäftigten,“ betont Anette Kramme.

Die Regierung hingegen wollte genau die Kurzarbeit kurz nach Amtsantritt noch zusammenstreichen und auslaufen lassen. Nun gab es offenbar ein spätes Einsehen, das zu einer Verlängerung der Kurzarbeit bei verschlechterten Konditionen führt. Bleibt zu hoffen, dass der Schaden des Zauderns nicht zu groß wird: Einige Unternehmen haben seit Jahresanfang bereits Mitarbeitern gekündigt, weil sie annehmen mussten, dass die Regierung

die günstigen Regelungen zur Kurzarbeit auslaufen lässt und die Unternehmen wegen der oft langwierigen Sozialplanverhandlungen nicht länger warten konnten. Hätte die Regierung eher gehandelt, wäre diesen Mitarbeitern die Entlassung erspart geblieben. Ministerin von der Leyen ist auf Druck des Koalitionspartners hinsichtlich der Dauer der Kurzarbeiterregelung mittlerweile übrigens wieder zurück gerudert. Statt Mitte 2012, soll die Frist nun drei Monate früher, also im März 2012, liegen.

Altersarmut. Dazu gehören zum Beispiel eine verbesserte Bewertung der Zeiten von Langzeitarbeitslosigkeit. Auch Niedrigverdiener sollen durch das Instrument der „Rente nach Mindestentgeltpunkten“ besser gestellt werden, damit sich Arbeit für sie auch mit Blick auf die spätere Rente eher lohnt. Grundsätzlich vertritt die SPD-Fraktion die Auffassung, dass Altersarmut am besten durch die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, bessere Tarifbindung und Mindestlöhne verhindert wird.

SPD: Härtefallregelung zu restriktiv und übereilt

Die Bundesregierung hat eine Härtefallregelung beim SGB-II-Bezug beschlossen, die deutlich hinter den Erwartungen der Opposition zurückbleiben. Im Vergleich zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist „keinerlei Mehrwert“ erkennbar, so die Sprecherin für Arbeit & Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme. Für die Leistungsempfänger sei nicht erkennbar, wann ein Härtefall überhaupt vorliegt.

Die SPD fordert, dass zunächst die laufende Rechtsprechung zu den Härtefällen abgewartet

wird. Erst dann könne eine in der Praxis sinnvolle Regelung bis zum 1. Januar 2011 geschaffen werden. Dafür wäre ein offener Fallkatalog notwendig, in dem mögliche Härtefälle beispielhaft, aber nicht abschließend genannt werden. Klargestellt werden sollte dort nach dem Willen der Opposition, z.B. dass die Argen, Kosten übernehmen müssen, die bei einem geschiedenen Elternteil durch die Ausübung des Umgangsrechts mit Kindern anfallen.

Unpassend erscheint auch, dass nach der Regierungsdefinition

ein Härtefall nur dann vorliegen soll, wenn innerhalb des üblicherweise sechsmonatigen Bewilligungszeitraums der Grundsicherung ein Bedarf mehrfach auftritt. So wären nur einmal jährlich abgerechnete krankheitsbedingt erhöhte Stromkosten zum Beispiel für ein Beatmungsgerät wohl nicht ersetzbar.

Kramme: von der Leyen soll Konzepte gegen Aufstockertum vorlegen

Im Jahr 2009 gab es im Schnitt 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von ihrem Lohn allein nicht leben konnten und deshalb zusätzlich auf ALG II angewiesen waren. Damit blieb die Lage am prekären unteren Ende des Arbeitsmarktes unverändert kritisch. Nachdem sich die SPD in der Großen Koalition nicht mit einem gesetzlichen Mindestlohn gegen CDU/CSU durchsetzen konnte, fordert die Oppositionspartei nun eigene Konzepte der Regierung gegen das „Aufstockertum“. Den Steuerzahler kostete der Ausgleich der Dumpinglöhne 2009 etwa eine halbe Milliarde Euro.

Die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigte Prüfung der Erhöhung und Dynamisierung der sozialversicherungsfreien geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und damit die Ausweitung der Minijobs lehnt die SPD ab, da geringfügige Beschäftigungsverhältnisse gerade keine Brücke in reguläre Beschäftigung seien. Stattdessen habe insbesondere die Zulassung von sozialversicherungsfreien Nebenbeschäftigungen dazu beigetragen, dass das Lohnniveau untergraben und die Aufspaltung von bislang sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in mehrere geringfügige Beschäfti-

gungen gefördert wurde. Ein weiterer Ausbau der Minijob-Regelungen habe zusätzliche Risiken für die öffentlichen Haushalte zur Folge.

„Es ist ein Skandal, dass immer mehr Menschen von ihrem eigenen Einkommen nicht mehr leben können. Es zeichnet den Sozialstaat zwar aus, dass er die Möglichkeit zum Aufstocken gibt. Aber es ist ein Armutszeugnis für unser Land, dass immer mehr Menschen gezwungen sind, diese Möglichkeit zu nutzen,“ erklärte Anette Kramme dazu.

SPD fordert Rechtsanspruch auf Ausbildungsplatz

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 Prozent gesunken. Erklären lässt sich dies mit Verweis auf die konjunkturelle Lage, die Unternehmen vorsichtig bei der Personalentwicklung werden lässt. Allerdings mag der Verweis auf die konjunkturelle Lage das zögerliche Verhalten der Unternehmen erklären, er macht es aber nicht besser. Fehlende Aus-

bildungsverträge heute bedeuten nicht nur für viele Jugendliche mangelnde Auswahlmöglichkeiten oder Jugendarbeitslosigkeit. Nach Einschätzung der meisten Arbeitsmarktexperten wird Fachkräftemangel zu einem entscheidenden ökonomischen Problem der kommenden Jahre werden.

„Alle reden von Fachkräftemangel, aber keiner geht dagegen vor,“ stellt Anette Kramme fest.

Die SPD fordert einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz. Junge Leute, die nicht innerhalb der ersten drei Jahre nach der Schule eine Lehrstelle finden, sollen einen Anspruch auf eine Berufsausbildung durch staatliche Förderung bekommen.

Neue Mindestlohn-Initiative in der Leiharbeit

Der Ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hat eine neue Initiative für einen Mindestlohn in der Leiharbeitsbranche angekündigt. Die Tarifgemeinschaft Zeitarbeit des DGB und die Arbeitgeberverbände Interessengemeinschaft Zeitarbeit (IGZ) und des Bundesverbands der Zeitarbeit (BZA) wollen bei Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) die Aufnahme der Zeitarbeit in das Arbeitnehmerentendengesetz beantragen.

Das Arbeitnehmerentendengesetz lässt die Allgemeinverbindlichkeit des vereinbarten Mindestlohns zu, wenn er repräsentativ für die gesamte Branche ist. Weil in der Leiharbeit auch so genannte „christliche“ Gewerkschaften Dumping-Tarife vereinbaren, muss die Regierung eine Abwägung vornehmen, ob

ein Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird. Die Repräsentativität dürfte gegeben sein, da die antragstellenden

„Wenn die Regierung sich quer stellt, heißt das: Sie spricht sich für Dumpinglöhne von unter 6,65 Euro aus.“

Anette Kramme

Tarifparteien 60 Prozent der Beschäftigten vertreten. Die wegen der konkurrierenden Tarifpartner vorzunehmende Abwägung könnte deshalb zu Gunsten des Mindestlohns in der Zeitarbeit ausfallen.

Anette Kramme begrüßt die gemeinsame Initiative von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Branche: „Schmutzwettbewerb darf nicht

länger erlaubt sein. Das sehen auch die seriösen Tarifpartner in der Leiharbeit so.“ Von der Regierung wünscht sich Kramme ein schnelles und beherztes Handeln, sobald der Antrag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorliegt. Dann können die vereinbarten Mindestlöhne von 7,60 Euro im Westen und 6,65 Euro im Osten schnell für allgemeinverbindlich erklärt werden. „Noch einmal dürfen von der Leyen und die Union den Mindestlohn in der Zeitarbeit nicht blockieren. Wenn die Regierung sich quer stellt, heißt das: Sie spricht sich für Dumpinglöhne von unter 6,65 Euro aus,“ so Kramme.

Leiharbeit – Was die Regierung wirklich denkt

Die Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Bericht zur Leiharbeit vorgelegt. Nachdem Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) sich zuvor öffentlich über Auswüchse der Leiharbeit beklagt hatte, lobt ihr parlamentarischer Staatssekretär Fuchtel (CDU) die Leiharbeit nun offiziell als erfolgreiches Instrument auf dem Arbeitsmarkt. Dabei sind viele Hoffnungen in die Leiharbeit trügerisch.

– So können Daten und Fakten des Statistischen Bundesamts, aber auch des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegen, dass die Brückenfunktion der Leiharbeit in den ersten Arbeitsmarkt denkbar gering ist. Nach zwei Jahren in Leiharbeit finden nur acht Prozent der Leiharbeitnehmer eine reguläre Arbeitsstelle.

– Obwohl die Leiharbeit nur 2,1 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt,

ist sie für 16 Prozent des Gesamtzugangs in Arbeitslosigkeit verantwortlich.

– Praktiken wie bei Schlecker, die die Auslagerung von Stammarbeitnehmern in schlecht bezahlende Leiharbeitsfirmen zulassen, sind nach heutigem Recht legal. Auch konzerninterne Verleihung findet statt.

– Schmutzlöhne sind aufgrund der komplizierten Tarifstruktur und

====>

Arbeitgebergewerkschaften sowie des noch immer fehlenden Mindestlohns noch immer an der Tagesordnung.

Der nordrheinwestfälische Sozialpolitiker Anton Schaaf (SPD) kritisierte die früheren Ankündigungen der Regierung, gegen Auswüchse in der Branche vorgehen zu wollen, als „Wahlkampfgeg“ vor

der NRW-Wahl. Anette Kramme (SPD) befürchtet eine mangelnde Regulierung der Leiharbeit auch für die Zukunft: „Die Bundesregierung redet sich die Welt schlicht und ergreifend schön. Wer sich jetzt wie die Regierung bei der Problemanalyse in die Tasche lügt, kann auch keine vernünftige Gesetzgebung vorlegen.“

Bundesagentur für Arbeit droht finanzielle Schieflage

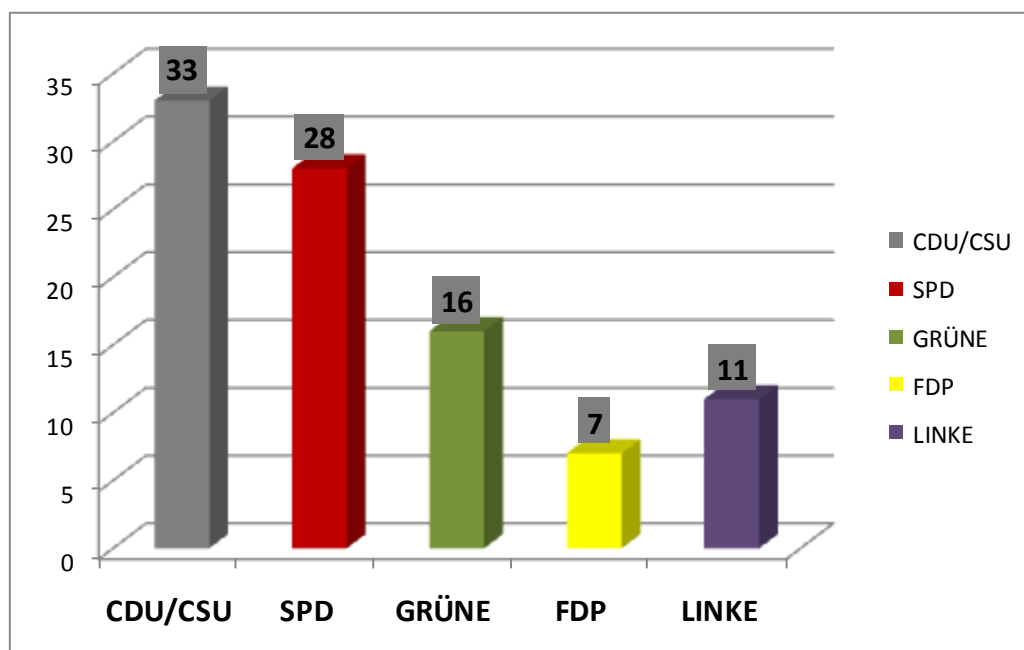
Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung sind die Ausgaben für das Arbeitslosengeld und die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit in den kommenden Jahren nicht gedeckt. Anders als für das Jahr 2010 ist für die Jahre ab 2011 jedoch nur vorgesehen, dass der Bund der Bundesagentur ein Darlehen zu Verfügung stellt. Die Opposition hält dies aber für unzureichend und befürchtet, dass

die Bundesagentur für Arbeit perspektivisch in die Handlungsunfähigkeit getrieben werden soll. Denn aus eigener Kraft wird die Bundesagentur für Arbeit die in den kommenden Jahren auflaufenden zweistelligen Milliarden-Defizite nicht abtragen können. Auch vorhandene Reserven aus den konjunkturstarke Jahren bis 2008, die der Bundesagentur bisher durch die Krise geholfen haben, sind aufge-

braucht.

Anette Kramme hält die Politik der Koalition in diesem Punkt für unverantwortlich: „Schwarz-Gelb muss jetzt endlich handeln und Farbe bekennen und sagen, wie es weitergehen soll. Das für Schwarz-Gelb übliche Taktieren und Zögern hilft nicht weiter.“

SPD-Umfragewerte leicht verbessert



Mittelwert der veröffentlichten Sonntagsfragen auf Bundesebene nach der Landtagswahl in NRW. Alle Angaben in Prozent.

In allen Umfragen stieg die SPD im Vergleich zum Vormonat um ein bis drei Prozent.

Rot-Grün ist in den Umfragen knapp stärker als Schwarz-Gelb.